

[www.kommunsense.de](http://www.kommunsense.de)

## Bedenkliche Veröffentlichungen aus den Print-Medien

### Public-Private-Partnership:

„Vater Staat baut wieder selbst“

**Lange Zeit galt PPP als Königsweg: Die Öffentliche Hand plant, Private bauen – günstiger und damit zum Vorteile Aller. Kritik an der Konstruktion gab es schon länger - die Finanzkrise macht ihr den Garaus.**

Die Bagger rollten schon: 600 Bäume, ein Wohngebäude und fünf Schuppen rissen sie nieder. Kampfmitteltechniker säuberten das Gelände von Munition. Die Gemeinde Gablingen bei Augsburg bereitete den Bau eines Gefängnisses vor. Das Finanzkonzept lag vor, ein so genanntes Public-Private-Partnership, kurz: PPP. Ein Konsortium aus Banken, Baufirmen und Betreibern sollte das Gefängnis bauen. Die Betreiberfirma hätte sich danach um die Technik gekümmert. Und der Staat hätte in 20 jährlichen Raten die Bau- und Betriebskosten zurückgezahlt.

Doch jetzt hat der Haushaltsausschuss des bayerischen Landtags die private Finanzierung gestoppt. Der Bau des Gefängnisses komme den Steuerzahler teurer, als wenn der Staat selbst Bauherr ist. „Die Wirtschaftlichkeit des PPP-Projektes konnte nicht nachgewiesen werden“, sagte Georg Winter (CSU), Vorsitzender des Ausschusses. Schuld ist wieder mal die Krise: „Ein maßgeblicher Grund sind die teurer gewordenen Kredite für die Privatwirtschaft“, so ein Sprecher des bayerischen Justizministeriums. Damit rechnen sich viele PPP-Projekte nicht mehr. Viele Konsortien können sich die Finanzierung derzeit nicht leisten. Banken wollen offenbar keine großen Infrastrukturfonds auflegen. Der Staat kommt ohnehin günstiger an Geld. Das hat sich nun verschärft.

Nächstes Jahr will der Landtag über die weiteren PPP-Projekte in Bayern beraten. Einige Entscheidungen sind bereits gefallen - überall in Deutschland: In München baut die Stadt ein öffentlich-privat geplantes Schulzentrum lieber selbst. Im fränkischen Markttheidenfeld stimmten die Wähler per Bürgerentscheid gegen einen privaten Investor beim städtischen Schwimmbad. In Köln zogen sich die Verhandlungen über ein Klinikprojekt in die Länge. Und in Essen entsteht ein Bettenhaus eines Tumorzentrums jetzt ohne privaten Partner, weil eine Gemeinschaftsfinanzierung „nicht signifikant wirtschaftlicher“ gewesen wäre, so das Landesinnovationsministerium.

Auch der Autobahnausbau ist betroffen. Der Baukonzern Hochtief zog sich aus einem Konsortium zurück, das ein Stück der A5 auf drei Spuren erweitern und danach 30 Jahre betreiben sollte. Die geplanten Renditen seien angesichts der Finanzkrise nicht mehr zu erzielen, hieß es aus der Geschäftsführung des Unternehmens.

PPP - das war bis zur Finanzkrise die Lösung für klamme Haushalte und leere Auftragsbücher. Private Investoren übernahmen den Bau von Schulen, Autobahnen oder eben Gefängnissen. Der Staat überließ dafür die Lkw-Maut, mietete Räume zurück oder zahlte die Baukosten in Raten zurück.

Profiteure sollte es auf beiden Seiten geben. Die Investitionen sind nicht mehr vom Haushaltsplan abhängig und können schneller umgesetzt werden. Der Staat spart sich kurzfristig die Ausgaben. Anwaltskanzleien, Baukonzerne und Banken versprechen sich satte Aufträge bei der Finanzierung der Bauprojekte und dem anschließenden Betrieb. Der bisherige Finanzminister Peer Steinbrück (SPD) wollte den PPP-Anteil an öffentlichen Investitionen von rund vier Prozent auf 15 Prozent erhöhen. Die öffentliche Hand hat in den vergangenen Jahren Bauprojekte im Wert von rund 8 Mrd. Euro angeschoben, 157 Vorhaben sind es seit 2002.

Bei den Gefängnissen machte Hessen unter Ministerpräsident Roland Koch (CDU) den Anfang. 2006 entstand mit der JVA Hünfeld die erste teilprivatisierte Haftanstalt Deutschlands. Bei dem Pilotprojekt übernahm der britische Dienstleistungskonzern Serco mit 97 Angestellten Aufgaben wie die Verpflegung, die medizinische Betreuung oder die Organisation und den Betrieb der Werkstätten, rund 45 Prozent des Gefängnisbetriebs sind privatisiert. Bewacht werden die Insassen noch von 114 staatlichen Bediensteten. Das Hauptargument für diese Privatisierung öffentlicher Aufgaben: Das Land spare so bis zu 660.000 Euro im Jahr. In Sachsen-Anhalt wurde Mitte 2009 die Justizvollzugsanstalt Burg eröffnet. Baukonzern Bilfinger Berger und die Sicherheitsfirma Kötter Security sitzen im Konsortium. Das Land Sachsen-Anhalt mietete die JVA auf 25 Jahre an und zahlt dafür 512 Mio. Euro. In Bayern wurde der Neubau der Frauenvollzugsanstalt Stadelheim in München von einem privaten Investor finanziert.

Diese Zeiten scheinen vorbei: 2008 sank das Volumen für öffentlich-private Projekte um 15 Prozent, der erste Rückgang seit Jahren. Im Finanzministerium hieß es zuletzt, die langen Vertragslaufzeiten könnten derzeit nicht „durch eine entsprechend langfristige Finanzierung unterlegt werden“. Zudem hat die Krise den Kommunen Konjunkturpakete beschert. Und mit den Milliarden haben viele Kämmerer wieder Geld.

Der Bauauftrag für das Gablinger Gefängnis liegt jetzt wieder beim Staatlichen Bauamt Augsburg. Das Volumen: 100 Mio. Euro Steuergelder für 604 Insassen. Im Frühjahr 2011 sollen die Bagger wieder nach Gablingen kommen.

► **Fundstelle:**

**FTD-Online** vom 12.11.2009